bnr.de
blick nach rechts

21. Jahrgang | 14 | 07. Juli 2004

Rechte Szene 2

"Kräfteraubende Konkurrenz"
Bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen wollen DVU und NPD nicht gegeneinander antreten.

Ein neues "Heideheim"?
Auf dem von Jürgen Rieger erworbenen "Gut Heisenhof" im Landkreis Niedersachsen könnte ein Hetendorf-Nachfolgeprojekt entstehen.

"Tabus gebrochen"
Für das rechtsextreme Spektrum war die Bochumer Demonstration gegen den Synagogenbau eine Zäsur – Karlsruhe hatte den Aufmarsch erlaubt.

Geschichtspolitik
Gorbatschows Deutschland-Berater tritt als Referent bei rechtsextremem Kongress auf.

Prozesse 7

"Rachefeldzug"
Prozess gegen Neonazis aus der Region Anhalt-Dessau krankt an dünner Beweislage.

Drohkulisse
Kameradschaftsmitglieder sammeln Informationen über ihre politischen Gegner.

Verfassungschutz 9

Neonazis machen mobil
Mecklenburg-Vorpommern: mehr rechte Straftaten, weniger Parteimitglieder.

Enge Zusammenarbeit
Die thüringische Neonaziszene ist rückläufig, aber sehr aktiv.

Ausland 10

Tief verwurzelt
Antisemitische Fernsehserien stoßen in der arabischen Welt auf große Resonanz.

Demokratische Initiativen 11

Leitbilder erfahrbar machen
Bremens Bürgermeister Scherf würdigt Engagement des Vereins Erinnern für die Zukunft.

Meldungen 12

Rechte Szene

"Kräfteraubende Konkurrenz"

Bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen wollen DVU und NPD nicht gegeneinander antreten.

Wer im Internetarchiv der NPD in der Rubrik „Parteigeschehen" das Dokument „p1003-1" sucht, wird nicht mehr fündig werden. Wo sich früher die Ansprache des Parteichefs Udo Voigt zum Europawahlkongress der NPD Anfang Oktober vergangenen Jahres nachlesen ließ, klafft jetzt eine Lücke. Ist Voigts Rede vielleicht einer Säuberung aus eigener Hand zum Opfer gefallen?

Ließe sich die Rede dort noch finden, würde man allerlei Unfreundlichkeiten Voigts in Richtung des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey lesen können: Der DVU-Chef sitze noch immer auf einem hohen Ross, habe es noch nicht einmal für nötig befunden, auf einen Vorstoß der NPD für einen gemeinsamen Wahlantritt zur Europawahl zu reagieren, hatte Voigt bei dem Parteitag gesagt. Ihm gehöre, so Voigt, „die heuchlerische Maske vom Gesicht" gerissen.

Solche harschen Töne geziemen sich inzwischen nicht mehr. Zumindest für die Landtagswahlen am 19. September in Sachsen und Brandenburg haben Voigt und Frey zu einem Modus Vivendi gefunden, der konkurrierende Kandidaturen ihrer Parteien verhindert. „Die Vorstände empfehlen den nationalen Wählern, in Brandenburg der DVU und in Sachsen der NPD ihre Stimme zu geben", heißt es in einer am 23. Juni veröffentlichten gemeinsamen Erklärung der beiden Parteivorsitzenden.

Der neuerliche Vorstoß für eine Einigung ging offenbar von der NPD aus. Voigt: „Es galt zu verhindern, dass die DVU gerade dort antritt, wo die NPD am stärksten ist und nach über 30 Jahren wohl erstmalig eine Chance erhält, nationale Politik in einen Landtag zu tragen." Eine solche Chance rechnet er sich in Sachsen aus, wo die NPD bei der Europawahl am 13. Juni auf 3,3 Prozent gekommen war, die Deutsche Partei und die Gruppierung Bündnis für Deutschland außerdem zusammen auf weitere 1,1 Prozent. Keine Chance hat das Unternehmen Landtagseinzug jedoch in den Augen von Voigt, „wenn wieder drei oder vier nationale Konkurrenten antreten". Also empfahl sich für ihn der Verzicht der DVU. Die habe umgekehrt „ein Interesse daran, dort möglichst konkurrenzlos anzutreten, wo sie die stärkste Kraft darstellt": in Brandenburg nämlich, dort war die Deutsche Volksunion bei der Landtagswahl 1999 mit 5,3 Prozent der Stimmen und fünf Mandaten ins Parlament eingezogen.

Nichts sei „angesichts der ernsten Lage für Volk und Vaterland vorrangiger als eine Überwindung der kräfteraubenden Konkurrenz der nationalen Parteien bei Wahlen", lässt auch das Frey-Organ „National-Zeitung" verlauten. Nun sei zu hoffen, „dass sich auch bei den Republikanern jene Kräfte durchsetzen, die das verhängnisvolle Gegeneinander der national Gesinnten überwinden wollen". „Die Hand ist ausgestreckt", gibt das DVU-Blatt in einer Zwischenüberschrift bekannt. „Es bleibt abzuwarten, ob die Republikaner sich nun ihrer Verantwortung für Deutschland bewusst werden", meint Voigt schon etwas skeptischer. Die Republikaner könnten dem Duo Frey/Voigt einen Strich durch die Rechnung machen: In Sachsen holten sie bei der Europawahl immerhin 3,4 Prozent und in Brandenburg immer noch 1,3 Prozent.

Doch die Hoffnung auf Absprachen mit den Republikanern scheint – jedenfalls in der Ära Schlierer – ein Trugschluss zu sein: Die „Freie Presse" aus Chemnitz zitierte bereits deren stellvertretende geschäftsführende Bundesvorsitzende Uschi Winkelsett mit einer Absage an alle Einigungsbestrebungen vor der Sachsen-Wahl: „Wir distanzieren uns aufs Äußerste von der nationalistischen NPD und treten mit einer eigenen Liste an." Zugleich kündigte sie erneut ein Parteiausschlussver-

fahren gegen die sächsische Landesvorsitzende Kerstin Lorenz an, die ihre Sympathie für das bei der Kommunalwahl angetretene parteiübergreifende Nationale Bündnis Dresden allzu deutlich gezeigt hatte. Zeit also für NPD-Chef Voigt, sich nunmehr vor allem Gedanken über die „heuchlerische Maske" von Schlierer und Winkelsett zu machen.

Tomas Sager

Ein neues "Heideheim"?

Auf dem von Jürgen Rieger erworbenen "Gut Heisenhof" im Landkreis Niedersachsen könnte ein Hetendorf-Nachfolgeprojekt entstehen.

Der Hamburger Neonazi Jürgen Rieger heckt seine Pläne im Verborgenen aus. Unermüdlich spinnt der seit Jahrzehnten in der rechtsextremen Szene agierende Rechtsanwalt am Netzwerk seiner arisch-germanischen Gruppen, immer auf der Suche nach einer Wirkungsstätte für die Mitglieder der „Artgemeinschaft" und seiner vielen anderen Tarn-Vereine. Von der Öffentlichkeit unbeachtet baut Rieger langsam ein Immobilienimperium auf, er verfügt über Häuser in der Nähe von Hamburg, Hannover-Miesburg, Hummelfeld (Schleswig-Holstein), Schweden und einen Zwei-Millionen-Komplex in Hameln. Das Geld könnte aus Erbschaften älterer Anhänger stammen, wie im Fall der überzeugten Nationalsozialistin Gertrud Herr aus Hamburg-Blankenese.

Jetzt hat Rieger wieder zugeschlagen: für rund 250 000 Euro erwarb Rieger das „Gut Heisenhof" bei Dörverden im Landkreis Verden. Das 26 000 Quadratkilometer große parkähnliche Gelände wurde bis vor kurzem von der Bundeswehr als Offiziersheim und Standortverwaltung genutzt und ist daher gut erhalten. Die vier Backstein- beziehungsweise Fachwerkgebäude bieten unzählige Mannschaftsräume, ausreichend Sanitäranlagen, einen Saal, Küche und ein Wohnhaus mit Blick über die Weserwiesen. Rieger ersteigerte die Großimmobilie im Auftrag einer dubiosen „Wilhelm Tietjen Stiftung" mit Sitz in London, deren Direktor er auch sein soll. Die Adresse in Großbritannien entpuppt sich nach Behördenangaben als „Briefkastenadresse".

Nachdem der wegen Volksverhetzung verurteilte Hamburger die Kaufsumme bezahlt hatte, verschwand er erst einmal in sein Schloss nach Schweden. Vorher gab Rieger den „Verdener Nachrichten" ein kurzes Interview, in dem er – in typischer Manier – Kurioses aufwarf, Unwahres verbreitete und wenig von seinen tatsächlichen Plänen offenbarte. So wolle die Wilhelm Tietjen Stiftung auf „Gut Heisenhof" in zwei, drei Jahren Fruchtbarkeitsforschung betreiben. Man wolle „kinderlosen Ehepaaren zu Kindern verhelfen" und da die Leihmütterschaft in der Bundesrepublik verboten sei, habe man den Londoner Stiftungssitz gewählt. Schulungen und Musikveranstaltungen sollen dagegen in der Immobilie in Hameln laufen, orakelte Rieger. Unglaubwürdig, denn die liegt in der Innenstadt und verfügt über kein geräumiges Außengelände – außerdem steht sie zur Zeit zum Verkauf!

Vermutlich hat Rieger den Landkreis Verden nicht unbedacht gewählt, das Randgebiet an der Lüneburger Heide hat ihn immer magisch angezogen. Kürzlich veröffentlichte Rieger sogar ein Buch über die von Heinrich Himmler errichtete Kultstätte „Sachsenhain" in Verden und besuchte die Stelle des angeblichen Blutgerichts gegen die Sachsen mit Anhängern.

Sein „Heideheim" in Hetendorf bei Celle wurde 1998 vom Landesinnenministerium-geschlossen und die Immobilien inzwischen enteignet. Mittlerweile hat sich auch eine feste rechtsextreme Infrastruktur im Süden von Bremen etablieren können. Der JN-Stützpunktleiter Sascha Jörg Schüler wohnt nur unweit vom „Heisenhof" entfernt. Dessen junge Anhänger nehmen bei vielen norddeutschen Aufmärschen bereits Ordnerdienste wahr und könnten künftig auch bei einer

braunen Belebung des „Heisenhofes“ für die „Absicherung des Geländes“ zuständig sein.

Die Grünen im niedersächsischen Landtag sind empört, ebenso SPD und der CDU-Landtagsabgeordnete Hogrefe. Der Dörverdener CDU-Bürgermeister dagegen setzt zunächst einmal auf nichtöffentliche Gespräche Mitte Juli. Gewarnt wird vor allem vor der Gefahr durch autonome Gegendemonstranten und dem möglichen schlechten Ruf des Ortes. Der Bebauungsplan für das Gelände lässt nur die Nutzung als Wohn-, Dienstleistungs- und Freizeitgewerbe zu. Durch die Lokalpresse versuchen Gemeinde, Landkreis und Polizei mit vollmundigen Kampfanssagen wie „Geballte Staatsmacht kontra Rieger“ oder „Spuk von kurzer Dauer“ zu beschwichtigen.

Obwohl die großräumige Anlage in Dörverden so offenkundig nach einem Hetendorf-Nachfolgeprojekt aussieht, ist auch ein Lebensborn-ähnliches Vorhaben durchaus nicht ausgeschlossen. In seinem Verein „Mütterdank“ pflegt Rieger kinderreiche rechte Familien, verleiht ihnen schon mal das Mutterkreuz und gibt ihnen Wohngelegenheit in einem der Vereinshäuser. Wissenschaftler und Ärzte sollen zu seiner Anhängerschar gehören.

Andrea Röpke

"Tabus gebrochen"

Für das rechtsextreme Spektrum war die Bochumer Demonstration gegen den Synagogenbau eine Zäsur – Karlsruhe hatte den Aufmarsch erlaubt.

Constant Kusters, Vorsitzender der niederländischen Neonazipartei NVU, meinte, seinen deutschen Kameraden „Asyl“ für die Durchführung heikler Veranstaltungen anbieten zu sollen: In den Niederlanden dürfe man schließlich bei Demonstrationen unbeanstandet noch mehr machen und sagen als in Deutschland, ließ er zum Auftakt des Aufmarschs gegen den Bau einer Synagoge in Bochum wissen. Am Ende dieses Tages waren seine Kameraden wohl überrascht, was man in Deutschland im Rahmen geschützter Demonstrationen so alles machen und sagen darf.

Für die Neonazis die nach Bochum gekommen waren, war es eine Zäsur. Sven Skoda, „freier Nationalist“ aus Düsseldorf und zurzeit Student in den Niederlanden, feierte die „wohl erste Demonstration gegen Synagogenbau in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“. Für „uns nationale Sozialisten“ gebe es „heutzutage nur noch wenige Tabus, die gebrochen werden könnten. Heute brechen wir eines davon“, brüllte er mit sich beinahe überschlagender Stimme ins Mikrofon. Und um auch noch dem letzten aus dem Fußvolk die historische Bedeutung dieses Tages deutlich zu machen, attestierte er ihnen: „Jeder Teilnehmer, der heute hier steht, gibt lebendes Zeugnis davon, schreibt Geschichte und wird in der Kampfzeit Erwähnung gefunden haben.“

"Langnasen sollen aus diesem Land verschwinden"

Schon im März hatten die Neonazis gegen die Synagoge auf die Straße gehen wollen. Bochums Polizeipräsident Thomas Wenner hatte die Veranstaltung aber mit klaren Worten untersagt: Mit einer Veranstaltung unter dem Motto „Stoppt den Synagogenbau – 4 Millionen fürs Volk“ bewege sich der Anmelder, NPD-Landesvize Timo Pradel, „im innersten Kernbereich nationalsozialistischer Ideologie“. Er drücke damit aus, „dass er dem Brandschatzen der Synagoge als Auftakt einer bürokratisch organisierten und mitleidslos barbarisch durchgeführten fabrikmäßigen Massenvernichtung von Juden in ganz Europa auch heute noch im nationalsozialistischen Sinne historischen Bestand verliehen wissen will“. Über ein bloßes Leugnen des Holocaust gehe dies noch hinaus, indem „ein öffentliches und unverhohlenes Bekenntnis zur Zerstörung der Synagogen und zum Holocaust abgelegt“ werde. In einem ungewöhnlichen öffentlichen Appell hatten sich auch zwei

Dutzend Richter des Bochumer Amts- und des Landgerichts dafür stark gemacht, den Aufmarsch zu untersagen: „Wer sich dem Bau einer neuen Synagoge in den Weg stellt, reiht sich 65 Jahre später erneut in die Reihe derer ein, die die alte in Schutt und Asche legten."

"Wir sind dabei – Deutschland synagogenfrei"

Bis hin zum Bundesverfassungsgericht hatte das Verbot im März Bestand. Doch schon damals war klar, dass diese Karlsruher Entscheidung keine Abkehr von der bisherigen Praxis des Verfassungsgerichts darstellte, das in der Vergangenheit immer wieder den Weg für Neonazi-Demonstrationen frei gemacht hatte. Lediglich in einem Punkt war die Kammer den Argumenten des NRW-Oberverwaltungsgerichts gefolgt: Die Einschätzung des OVG, dass schon das Demonstrationsmotto den Straftatbestand der Volksverhetzung erfülle, könne „jedenfalls im verfassungsgerichtlichen Eilrechtsschutzverfahren nicht als offensichtlich fehlsam beanstandet werden", meinten die Verfassungsrichter.

Mit dem modifizierten Motto „Keine Steuergelder für den Synagogenbau – Für Meinungsfreiheit" starteten die Veranstalter – die nordrhein-westfälische NPD und so genannte „freie Nationalisten" – einen neuen Versuch. Zwar reagierte der Polizeipräsident erneut mit einem Verbot und wertete die für den 26. Juni angekündigte Demonstration als „Ersatzveranstaltung" und auch das OVG befand, die Modifizierungen des Mottos seien lediglich „kosmetische Korrekturen, die allein dazu dienen, der Gefahr einer Bestrafung und eines hieran anknüpfenden Versammlungsverbots zu entgehen". Doch das Bundesverfassungsgericht sah dies anders. Mit Beschluss vom 23. Juni hob der erste Senat des Gerichts das Verbot auf.

Damit war der Weg frei für die Rechtsextremisten – auch wenn sie nicht am Standort der Synagoge selbst demonstrieren durften und ihr Aufzug mit einer Reihe von Auflagen belegt wurde. Darunter jener, dass alkoholisierte Personen nicht an der Veranstaltung teilnehmen durften. Für 26 angereiste Neonazis bedeutete dies, dass sie umgehend wieder die Heimfahrt antreten mussten. Der Stimmung unter den etwa 220 Teilnehmern – davon ein Drittel NPDler und der Rest „Freie" – tat dies aber keinen Abbruch. Und feinsinnige Unterscheidungen über die mögliche strafrechtliche Relevanz ihres Veranstaltungsmottos oder ihrer Sprechchöre interessierten die Neonazis am Tag ihres Aufmarschs höchstens peripher. Unbeanstandet grölten sie: „Hopp hopp hopp – Synagogenstopp", „Stoppt den Synagogenbau – wir sind das Volk" oder „Wir sind dabei – Bochum synagogenfrei", und man darf getrost vermuten, dass sie die Ruhrgebietsstadt – und nicht nur diese – am liebsten nicht nur „synagogenfrei", sondern „judenfrei" sähen. Axel Reitz, notorischer Antisemit vom Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS), gab den Ton vor, als er Juden – von ihm als „Langnasen" tituliert – empfahl, zu „verschwinden aus diesem Lande". Inzwischen hat die Polizei angekündigt, dass sie auf der Basis ihrer Videoaufnahmen die Einleitung von Strafverfahren prüfe. Am Demonstrationstag selbst wurde gegen NPD-Landesvize Claus Cremer wegen einer Passage seiner Rede ein Ermittlungsverfahren eingeleitet: Der bei dem Aufmarsch anwesende Staatsanwalt ging von einem Anfangsverdacht der Volksverhetzung aus.

Gut möglich, dass jener 26. Juni nicht die letzte Aktion gegen den Bau einer Synagoge in Bochum gewesen sein wird. Skoda drohte jedenfalls: „Die Stadt Bochum kann davon ausgehen, dass dieses Thema noch lange nicht vom Tisch ist." Und auch wenn die Synagoge gebaut sein werde, bleibe die Stadt „Ziel unseres Protestes".

Tomas Sager

Geschichtspolitik

Gorbatschows Deutschland-Berater tritt als Referent bei rechtsextremem Kongress auf.

Unter konspirativen Umständen veranstaltet die Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ vom 24. bis 26. September dieses Jahres ihr „4. Erlebnis-Wochenende-Geschichte“. Getagt wird zum Thema „Weltpolitik ist Geopolitik. Denken in Kontinenten“ im „Raum Halle, Leipzig, Merseburg“. Nähere Angaben werden keine gemacht.

Die geschichtsrevisionistisch geprägte „Deutsche Geschichte“, die auch im Kioskhandel erhältlich ist, erscheint zweimonatlich in einer Auflage von rund 10 000 Exemplaren. Mitarbeiter der aktuellen Ausgabe (Nr. 71) sind unter anderem Helmut Schröcke (Mitinitiator des rassistischen „Heidelberger Manifestes“, Referent bei den Hetendorfer Tagungswochen) und Fred Duswald (Mitglied der extrem rechten Burschenschaft Danubia). Die im oberbayerischen Inning ansässige Verlagsgesellschaft Berg (VGB) ist 1991 aus mehreren kleinen Verlagen (Druffel, Türmer, Vowinkkel) entstanden. Der VGB angeschlossen ist der Buchdienst Scharnhorst-Versandbuchhandlung und das Reiseunternehmen Türmer-Kulturreisen. Herausgeber der „Deutschen Geschichte“ und Inhaber der VGB ist Gert Sudholt (Jahrgang 1943), Ex-Vorsitzender (von 1973 bis 1983 und von 1985 bis 1991) der Gesellschaft für freie Publizistik. Bundesweit ist VGB einer der größten und wichtigsten rechtsextremen Verlage.

Referate halten sollen beim „Erlebnis-Wochenende“ neben anderen Albrecht Jebens, vormals Geschäftsführer des unionsnahen Studienzentrums Weikersheim (SZW), heute Autor bei Grabert/Hohenrain, Dankwart Kluge (Referent bei der Gesellschaft für freie Publizistik, Autor von Grabert/Hohenrain) Olaf Rose (referierte bei der rechtsextremen Jungen Landsmannschaft Ostpreußen und schrieb für die neurechte Zeitschrift „Sezession“), Hans Pause (trat bei der geschichtsrevisionistischen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt auf), Walter Post (Referent bei den NS-apologetischen Kärntner Kulturtagen, der Gesellschaft für freie Publizistik und dem Freundeskreis National-Zeitung).

Angekündigt ist für das Wochenende auch Wjatscheslaw Daschitschew. Daschitschew (Jg. 1925) war 1988/1989 Deutschland-Berater des russischen Präsidenten Michael Gorbatschow, Leiter der Abteilung für internationale Probleme im Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Systems (1972 bis 1990) und Vorsitzender des wissenschaftlich beratenden Beirates beim Amt der sozialistischen Länder des Außenministeriums (1987 bis 1989). Nach 1990 war Daschitschew, Mitglied der Moskauer Akademie der Wissenschaften, als Gastprofessor an der FU Berlin, in München und in Mannheim tätig. Zeitgleich begann auch sein Engagement in extrem rechten Kreisen.

Gern gesehen als Referent ist Daschitschew immer wieder bei der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik und beim unionsnahen Studienzentrum Weikersheim. So lobt dessen Ex-Präsident Klaus Hornung ihn in der stramm rechten „Deutschen Militärzeitschrift“ als „aufrechten Kämpfer gegen Ideologien“. Man begegnet Daschitschew auch als Autor im DVU-Sprachrohr „National-Zeitung“, die ihn zu einem „großen Vordenker“ gekürt hat. Kürzlich trat er beim DVU-Landesparteitag Brandenburg als Redner auf. Kontakte pflegt Daschitschew zu dem Verschwörungstheoretiker Gerhoch Reisegger aus Österreich. Beim letztjährigen Internationalen Kongress der Akademie der Wissenschaften in Moskau stellte Daschitschew das Reisegger-Werk „Wir werden schamlos irregeführt! Vom 11. September zum Irak-Krieg“, das bei Grabert/Hohenrain erschienen ist, vor. Er sicherte Reisegger zu, für die geplante russische Ausgabe ein Vorwort beizusteuern.

Anton Maegerle

Prozesse

"Rachefeldzug"

Prozess gegen Neonazis aus der Region Anhalt-Dessau krankt an dünner Beweislage.

Mit eher mageren Ergebnissen geht in diesen Tagen in Dessau ein Prozess gegen drei Neonazis zu Ende. Sie werden beschuldigt, gemeinsam mit weiteren unbekannt gebliebenen Komplizen in der Nacht zum 1. Februar dieses Jahres im Dessauer Bahnhof eine Gruppe von neun linken Jugendlichen angegriffen und zum Teil schwer verletzt zu haben. Lediglich der Haupttäter, der 25-jährige Denis Decker, wurde bei Gegenüberstellungen mit den Opfern zweifelsfrei identifiziert, zudem war er eindeutig auf dem Bandmaterial der Videoüberwachung im Bahnhofsgebäude zu sehen.

Der Hauptbelastungszeuge gegen die beiden Mitangeklagten, der diese während seiner polizeilichen Vernehmung ebenso wie in späteren Aussagen erheblich belastet hatte, ist offenbar aus der Neonazi-Szene, der er selbst zugerechnet wird, massiv bedroht worden. Er zog seine belastenden Aussagen im Prozess zurück, so das keinerlei Beweise gegen den 19-jährigen Stefan Küke und den 18-jährigen Alexander Weinert mehr geltend gemacht werden können. Folgerichtig beantragten die Staatsanwaltschaft ebenso wie die Vertretung eines Nebenklägers Freispruch aus Mangel an Beweisen, lediglich ein Nebenklägervertreter forderte für die beiden Heranwachsenden, die den Freien Nationalisten Anhalt-Dessau zugerechnet werden, jeweils ein Jahr Haft auf Bewährung. Gegen Decker, der bis zur Auflösung des NPD-Kreisverbandes Bitterfeld dessen Vorsitzender war, forderten die Staatsanwaltschaft ebenso wie die drei Nebenklägervertreter übereinstimmend drei Jahre Haft. Prozessbeobachter gehen davon aus, dass alles andere als ein Freispruch zumindest für Küke und Weinert sehr verwunderlich wäre.

Für erhebliche Bedeutung für das Strafmaß gegen Decker wird die Frage nach der Bewaffnung der Neonazis sein. Schlampereien der Polizei führten dazu, dass die Beweislast hier Lücken aufweist. Neben Baseball- und Hockeyschlägern waren die zehn bis 15 meist vermummten Täter nach Zeugenaussagen bei dem Überfall mit mindestens einer Eisenstange bewaffnet, die zudem am Tatort zurückblieb. Obwohl die Opfer die später eintreffenden Polizeibeamten auf diese Eisenstange hingewiesen haben, blieb diese am Tatort zurück und war später verschwunden.

Der Überfall gilt als Racheakt. Am Abend des 31. Januar hatte es in einem Dessauer Neubaugebiet im Haus von Weinert eine Party von Neonazis und Skinheads gegeben. Während dieser Party war Weinert an die frische Luft gegangen, um an einem Gebüsch seine Blase zu leeren. Dabei wurde er von einem oder mehreren unbekannten Tätern mit Reizgas oder Pfefferspray angegriffen. Auch die Polizei bekam von diesem Angriff Wind und rückte zur Party an, die Neonazis verzichteten jedoch auf eine Anzeige. Unklar blieb während der Hauptverhandlung, wer die Polizei in diesem Fall alarmiert hatte. Ob alle an dem Überfall im Bahnhof Beteiligten zuvor auch Gäste besagter Party waren, oder ob sich später weitere Neonazis einer Gruppe von Partygästen auf deren „Rachefeldzug“ angeschlossen hatten, blieb ebenfalls unklar.

Fest steht, dass die Gruppe größtenteils vermummt war und zwar bereits bei einem minder schweren Überfall auf vier linke Jugendliche in unmittelbarer Nähe des Dessauer Bahnhofes. Die zehn bis 15 Neonazis rannten zunächst auf die jungen Leute zu, denen allerdings die Flucht in ein nahe gelegenes Kinozentrum gelang. Von dort aus stürmten die bewaffneten Neonazis in den Bahnhof, wo sie auf die Gruppe von neun Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 17 Jahren stießen und sie ohne Vorwarnung angriffen. Bis auf ein Mädchen wurden alle Jugendlichen bei dem Überfall verletzt, vier Jungen erlitten dabei schwere Verletzungen und mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Der jetzt in der Hauptverhandlung als Haupttäter angeklagte Decker wurde bereits zwei Tage nach dem Überfall festgenommen und sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Bei einer Hausdurchsuchung wurden bei ihm neben einem Tarnanzug, den er auch bei dem Überfall getragen hatte, Springerstiefel sowie Tonträger des verbotenen Netzwerkes „Blood&Honour" beschlagnahmt. Decker bestritt in der Hauptverhandlung, die Springerstiefel bei dem Überfall getragen zu haben. Ein Gegenbeweis konnte nicht geführt werden. Angesichts der zumindest gegen ihn eindeutigen Beweislage wegen der Zeugenaussagen bei den Gegenüberstellungen und des Videomaterials aus dem Dessauer Bahnhof legte er dann ein Geständnis ab, das er auch in der Hauptverhandlung wiederholte. Allerdings weigerte er sich, Mittäter namentlich zu benennen, spielte seinen eigenen Tatbeitrag herunter. Erst acht Tage nach dem Überfall gab es auch bei anderen Verdächtigen Hausdurchsuchungen, die zu keinem konkreten Ergebnis geführt hatten. Insgesamt hatte es infolge des Überfalls elf vorläufige Festnahmen von Neonazis gegeben, mangels konkreter Beweise waren die Ermittlungsverfahren gegen acht Tatverdächtige aber noch vor Anklageerhebung wieder eingestellt worden.

Die Anklagen gegen Küke und Weinert beruhen auf der mehrfach wiederholten Aussage eines ebenfalls der rechten Szene angehörigen Zeugen, er habe am Tag nach dem Überfall ein Gespräch zwischen Decker und seinen beiden Mitangeklagten mitgehört, in dem sich diese darüber unterhalten haben, gemeinsam mit anderen in der Nacht im Dessauer Bahnhof „Zecken aufgeklatscht" zu haben. In der Hauptverhandlung mochte dieser Zeuge seine Aussage hingegen nicht wiederholen, selbst, nachdem das Gericht zu seiner weiteren Vernehmung die Öffentlichkeit ausgeschlossen hatte. Die Neonazi-Szene schreckt offensichtlich nicht mehr davor zurück, Aussagewillige aus den eigenen Reihen massiv zu bedrohen.

Eberhard Löblich

Drohkulisse

Kameradschaftsmitglieder sammeln Informationen über ihre politischen Gegner.

Eine Zivilklage aus dem Umfeld der „Kameradschaft Aachener Land" (KAL) hat das Landgericht Aachen kürzlich abgewiesen. Ein Dürener, der Vater zweier KAL-Anführer, hatte den Sprecher einer Eschweiler Antifa-Initiative verklagt. Er fühlte sich von dem Mann auf Flugblättern als „NPD-Mitglied" und in einer Rede als „Sozialhilfeempfänger" beleidigt. Die KAL-Mitglieder hätten als Zeugen die Klagegründe indes nicht bestätigen können, urteilte das Gericht. Es folgte so der Erkenntnis der Staatsanwaltschaft, wonach der Beklagte im Mai 2003 weder Teilnehmer einer „antifaschistischen Kaffeefahrt" noch deren Flugblatt-Hersteller war.

Antifaschisten vermuten, die KAL nutze die Klage, um dank anwaltlicher Akteneinsicht Informationen über ihre Gegner zu sammeln und diese später einzuschüchtern. Und Infos dürfte sie reichlich finden – immerhin flossen in die Akte Ermittlererkenntnisse ein. So waren sich denn auch die KAL-Anführer Karsten und Michael B. als Zeugen unsicher, ob sie den aus ihrem Umfeld bei der Polizei mehrfach wegen des Protestes Angezeigten überhaupt dabei erkannt hatten. KAL-Mann René L. sagte aus, ein auf dem damals verteilten Flugblatt von ihm abgedrucktes Foto komme „ihm bekannt vor". Er könne „es sich gut vorstellen", dass der Beklagte es von ihm gemacht habe. Das Lavieren erklärt sich auch dadurch, dass aus früheren Prozessen Ermittlungen gegen L. und Karsten B. wegen Falschaussagen laufen.

Unabhängig davon fielen mehrere KAL-Mitglieder laut Antifa-Düren vor wenigen Wochen auf, als sie einer Abholung unbezahlter Möbel bei einer Migrantenfamilie beiwohnten. Vermutet wird, sie dienten dem Lieferwagen-Fahrer eines Möbelhauses, Karsten B., als Drohkulisse.

Michael Klarmann

Verfassungschutz

Neonazis machen mobil

Mecklenburg-Vorpommern: mehr rechte Straftaten, weniger Parteimitglieder.

Die rechtsextremen Parteien befinden sich im Sinkflug, die rechte Szene wird zurzeit eher durch aktive Skinheads und Neonazis geprägt. Das sind die zentralen Erkenntnisse des ersten Verfassungsschutzberichtes des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern seit 1998 – in den vergangenen Jahren war nur ein so genannter Extremismusbericht erschienen.

Das Potenzial der rechtsextremen Skinheads und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten beziffert das Amt unverändert mit 800 Personen. Aus diesem Personenkreis heraus wurden 253 Straftaten (2002: 140) begangen – in der Mehrzahl (156) Propagandadelikte (2002: 47). In 32 Fällen (2002: 15) kam es zur Gewaltanwendung. Die Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten ging von 70 auf 25 zurück. Etwas mehr Zulauf haben die Neonazis zu vermelden: im Vergleich zu 2002 erhöhte sich ihre Zahl leicht um zehn auf 290. Punktuell gelang es diesem Spektrum, zu Anlässen wie der Wehrmachtsausstellung mehr als 400 Personen zusammenzutrommeln. So geschehen im Juli 2003 in Wolgast, wo unter dem Motto demonstriert wurde: „Opa war in Ordnung – Unsere Großväter waren keine Verbrecher.“ Zusammengefasst hat der Verfassungsschutz im Vergleich zu 2002 eine „höhere Mobilisierungsfähigkeit dieses Spektrums“ festgestellt. Schwerpunkte waren die Regionen Rostock, Ostvorpommern, Uecker-Randow, Mecklenburg-Strelitz und der Landkreis Ludwigslust. Der Niedergang des organisierten Rechtsextremismus wird von rückläufigen Mitgliederzahlen flankiert: NPD, DVU und Republikaner verloren jeweils 50 Mitglieder und verfügen nur noch über 150 (NPD), beziehungweise jeweils 50 (DVU, REP) Parteigänger.

Volker Stahl

Enge Zusammenarbeit

Die thüringische Neonaziszene ist rückläufig, aber sehr aktiv.

Der aktuelle Bericht des thüringischen Verfassungsschutzes beziffert das rechtsextreme Personenpotenzial als rückläufig. Die Zahl der militanten Rechten ist mit 470 (minus 10), darunter etwa 380 Skinheads, leicht gesunken. Im Gegensatz zum bundesweiten Trend soll sich die Zahl der Neonazis auf 250 (in den Vorjahren 470) reduziert haben. Das aktive neonazistische Spektrum arbeitet dem Bericht zufolge eng mit der NPD und der Deutschen Partei (DP) zusammen, wie es sich beim „Mitteldeutschen Gesprächskreis“, den „Thüringer Runden freier Nationalisten“ oder dem „Thüringer Tag der Nationalen Jugend“ zeigt.

Seit dem zweiten Halbjahr 2003 ist der Landesverband der DP aktiv. Vorsitzender ist Kurt Hoppe, ehedem DVU-Funktionär, zuvor zeitweise amtierender REP-Landeschef. Den DP-Jugendbeauftragten Michael Burkert bezeichnen die Verfassungsschützer als „einen der führenden Neonazis Thüringen“. Der Landesverband der NPD mit dem NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt an der Spitze konnte den Mitgliederstand von 150 Personen halten. Einen konstatierten Richtungswechsel hin zu einer wieder verstärkten Zusammenarbeit mit Neonazis dokumentiert auch die Platzierung Thorsten Heises auf der NPD-Liste zur thüringischen Landtagswahl. Als „desolat“ wird der auf 100 Mitglieder geschrumpfte REP-Landesverband (minus 50) beschrieben, bei der Landtagswahl holten die REP immerhin 2,0 Prozent. Ein Drittel seiner Mitstreiter büßte auch der auf 100 Personen zusammengeschmolzene DVU-Landesverband ein.

Zurückgegangen sind im vergangenen Jahr die rechtsextrem motivierten Straf- und Gewalttaten. In der bundesweiten Statistik hinsichtlich der Gewaltdelikte bezogen auf die Einwohnerzahl rutschte Thüringen (47; 2002: 55) jetzt auf den Platz 4.

G.N.

Ausland

Tief verwurzelt

Antisemitische Fernsehserien stoßen in der arabischen Welt auf große Resonanz.

Der Antisemitismus, so zeigen aktuelle Studien, ist weltweit wieder auf dem Vormarsch. Vor allem in vielen arabischen Ländern haben israelfeindliche Darstellungen und offen propagierter Hass auf das Judentum eine neue Dimension erreicht. Wie tief verwurzelt die Vorurteile sind, demonstriert dieser Tage eine Fernsehserie namens „Ash-Shatat“ (Die Diaspora), die als offizieller Beitrag des Staates Syrien an einem Fernseh- und Radiowettbewerb in der ägyptischen Hauptstadt Kairo teilnimmt.

Die 30-teilige Serie ist durchsetzt von antisemitischen Stereotypen und Referenzen zu den „Protokollen der Weisen von Zion“ und dämonisiert Juden als skrupellos, hinterlistig und grausam. Eine Episode dramatisiert die Tötung eines christlichen Kindes, dessen Blut anschließend für eine traditionelle Esszeremonie des jüdischen Passahfestes verwendet wird. Andere porträtieren historische Persönlichkeiten wie Theodor Herzl oder Alfred Dreyfus oder drehen sich um die geheime zionistische Weltregierung, die „Geld, Wissenschaft, Politik, Mord, Sex und jedes andere Mittel einsetzt, um Kriege zwischen anderen Nationen anzufachen“. Eröffnet wird jede Folge mit einem historischen Rückblick, der die „wahre Geschichte“ des modernen Zionismus und seines Strebens nach internationaler Kontrolle „enthüllt“.

Bereits im Jahr 2002 hatte eine ägyptische Serie starke internationale Kritik geerntet, die auf den „Protokollen der Weisen von Zion“ basieren sollte. Diese Niederschriften einer Geheimtagung von 1897, die angeblich die Pläne zur Errichtung einer jüdischen Weltherrschaft enthalten, dienten in der Vergangenheit häufig zur Rechtfertigung antisemitischer Propaganda, wurden aber bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Fälschung entlarvt. Um größtmögliche Aufmerksamkeit zu gewährleisten, war „Ash-Shatat“ wie sein Vorgänger während des heiligen muslimischen Fastenmonats Ramadan (Oktober-November) zu sehen. Ausgestrahlt wurde die Serie von dem im Libanon ansässigen, populären Fernsehsender Al-Manar, der zum Netzwerk der fundamentalislamischen Terrororganisation Hisbollah gehört.
Das Fernseh- und Radiofestival von Kairo wurde am 23. Juni unter dem Motto „Die Medien und die Menschenrechte“ eröffnet und genießt in der arabischen Welt hohe Aufmerksamkeit. Proteste gegen die Teilnahme von „Ash-Shatat“ kamen unter anderem von der US-amerikanischen Anti-Defamation League, die bereits eine umfangreiche Internetkampagne gestartet hat. Bislang wollten sich jedoch weder die syrische noch die ägyptische Regierung zu dem Fall äußern.

Michael Funk

Wieder aufgetaucht

Straßburg – In den vergangenen Wochen und Monaten nahm die Anzahl der Schändungen von Moscheen, Gräben und Friedhöfen im Elsass drastisch zu. Dabei wurden nicht nur nationalsozialistische Symbole verwendet sowie rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Parolen gesprüht. Bei den jüngsten Schändungen in Straßburg und Hangenau im Juni tauchte auch der Hinweis „HVE junior“ auf. Bei der HVE handelte es sich um die 1993 verbotene Heimattreue Vereinigung Elsass. Dieser neonazistischen Kleingruppe gehörten rund 30 Mitglieder an. Sie war die Schwesterorganisation der zuvor im Juli 1993 verbotenen, knapp 100 Mitglieder starken Heimattreuen Vereinigung Deutschlands, die in Baden-Württemberg ihren Schwerpunkt hatte. (xy)

Demokratische Initiativen

Leitbilder erfahrbar machen

Bremens Bürgermeister Scherf würdigt Engagement des Vereins Erinnern für die Zukunft.

Senatsempfang für die Mitglieder des Vereins Erinnern für die Zukunft: Mit diesem besonderen Festakt dankte ihnen Bremens Bürgermeister und Senatspräsident Henning Scherf für ihr ehrenamtliches Engagement. Der Regierungschef des kleinsten Bundeslandes an die Adresse der rund 300 Mitglieder: „Sie haben dazu beigetragen, dass sich diese hansestädtische Gesellschaft nicht nur geöffnet, sondern auch verändert hat.“

Der Verein „Erinnern für die Zukunft“ wurde im Januar 1991 gegründet und ging auf einen Runden Tisch aus Anlass des 50. Jahrestages der so genannten „Reichskristallnacht“ zurück. 1988 hatten eine Reihe Initiativen und Einrichtungen aus der Weser-Metropole ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm zum Gedenken an die antisemitischen Ausschreitungen im November 1938 entwickelt. So entstand der Wunsch nach einer längerfristigeren Zusammenarbeit.

Das Ziel beschreibt die Vereinssprecherin Sabine Offe (Universität Bremen): „Wir wollen die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus wach halten und die Erfahrungen aus dieser Geschichte in die Gegenwart umsetzen. So sollen die Leitbilder Menschenwürde, Toleranz und Zivilcourage gefüllt und insbesondere auch für Jugendliche erfahrbar gemacht werden.“

Seitdem der Verein Erinnern für die Zukunft ins Leben gerufen wurde, hat er zahlreiche weitere Ausstellungen und Gedenkveranstaltungen organisiert oder betreut, so zum Beispiel 1990 zum Leben und Sterben des jüdischen Mädchens Anne Frank, 1994 über das Jugend-Konzentrationslager Moringen und Uckermark, 1995 zur Erinnerung an den 50. Jahrestag des Weltkriegsendes in Bremen und 2003 über die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945. Ein besonderer Höhepunkt der Vereinsarbeit war eine Studienfahrt nach Minsk im Jahre 2002, bei der ein Gedenkstein für die aus Bremen deportierten Juden enthüllt wurde.

Seit 1997 ist der Verein, der eine eigene Schriftenreihe mit zurzeit zwei Büchern publiziert, für das bremische Programm zum 27. Januar zuständig, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Dabei kooperiert er neben weiteren Partnern mit der Landeszentrale für politische Bildung. Außerdem betreut der Verein die Dokumentationsstätte Gefangenenhaus Ostertorwache.

Unter den Mitgliedern finden sich einzelne Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Initiativen und Verbände, kommunale Einrichtungen, Bildungsinstitutionen und Kirchen. Dieses breite Spektrum spiegelt sich auch im Vorstand wider. Ihm gehört als Sprecherin neben Frau Offe Maria Meyer vom Landesinstitut für Schule an. Als Kassierer fungiert Günther Rohdenburg vom Staatsarchiv Bremen und als Schriftführer Michael Scherer von der Landeszentrale für politische Bildung. Beisitzer sind Olaf Droste, Öffentlichkeitspastor der Bremischen Evangelischen Kirche, Thomas Köcher von der Universität Bremen und Bernd Möllers, Leiter des Bildungswerks der Katholiken im Lande Bremen.

Weitere Informationen über den Verein Erinnern für die Zukunft finden Sie im Internet unter:

www.erinnernfuerdiezukunft.de

Thomas Klaus

Meldungen

Militanter Aktivist

München – Der 23-jährige Neonazi Karl-Heinz Statzberger wurde vom Landgericht München wegen Falschaussage und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer achtmonatigen Haftstrafe veurteilt. Gegen Statzberger, der wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestraft ist, ermittelt der Generalbundesanwalt wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Statzberger soll mit weiteren Kadern der „Kameradschaft Süd" um Martin Wiese und Alexander Maetzing an der Planung des vereitelten Sprengstoffanschlags auf das Jüdische Zentrum in München beteiligt gewesen sein. Die Neonazis waren am 11. September 2003 festgenommen worden. Statzberger, der seitdem in Nürnberg in Untersuchungshaft sitzt, wird auf der Gefangenenliste („Briefkontakte wünschen") der braunen Knasttruppe HNG geführt. (am)

Verspätete Aufarbeitung

USA (Fort Worth) – Der Rechtsextremist Ernest Avant ist in einem texanischen Gefängnis im Alter von 72 Jahren gestorben. Der Ku Klux Klan-Anhänger und bekennende Rassist erlangte durch den Mord an einem Farmarbeiter traurige Berühmtheit, mit dem Avant und zwei Komplizen 1966 den schwarzen Bürgerrechtler Martin Luther King nach Mississippi locken wollten, um diesen dort zu ermorden. Bereits in den 60er-Jahren hatte der Fall einiges Aufsehen erregt, ohne dass es jedoch zu einer Verurteilung kam. Auf Druck von Staatsanwälten der Bundesstaaten Alabama und Mississippi wurden die Akten vor vier Jahren erneut geöffnet. Ein endgültiges Urteil kam aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes des letzten verbliebenen Angeklagten allerdings nie zustande. (mf)

Ex-"Blood&Honour"-Aktivisten organisieren Konzert

Schwetzingen - Rund 400 Skinheads aus ganz Süddeutschland besuchten am 03. Juli ein Neonazi-Konzert in Schwetzingen. Auf der Bühne standen die „Barking Dogs" aus Düsseldorf und die englische Band "Brutal Attack", die mit Ryan-Air kurz vor dem Auftritt nach Deutschland eingereist war. Organisiert wurde der Auftritt von zwei ehemaligen „Blood&Honour"-Aktivisten: Der Karlsruher Rechtsextremist Hartwin Kalmus war der offizieller Veranstalter, Jörg Weber hatte das Privatgrundstück angemietet, auf dem das Konzert statt fand. Die Polizei, die An- und Abreise der Rechtsextremen beobachtete, konnte keine Straftaten feststellen. Der Schwetzinger Oberbürgermeister will nun mit dem Grundstückseigentümer Kontakt aufnehmen, um weitere Veranstaltungen dieser Art zu verhindern. (bb)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V., Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abonnementverwaltung:
wegewerk GmbH
Mail: abo@wegewerk.de
Fon: (030) 24 08 36 60
Fax: (030) 24 08 36 89